

NEIN zur
Lehrplan-
Initiative!

Chaos
in der
Schule?



c/o VPOD Kanton Bern | Monbijoustrasse 61 | 3007 Bern | T 031 371 67 45 | M 079 254 38 93

www.nein-zur-lehrplan-initiative.ch

PRESSEMAPPE

MEDIENKONFERENZ

KOMITEE „NEIN ZUR LEHRPLANINITIATIVE“

Freitag, 19. Januar 2018

10h

Rathaus Bern, Sitzungszimmer 5

Begrüssung / Einleitung / Statement **Béatrice Stucki, Gewerkschaftssekretärin VPOD** **Bereiche Bildung und kantonale Verwaltung**

Begrüssung

Im Namen des Komitees «Nein zur Lehrplaninitiative» begrüsse ich Sie herzlich zu unserer Medienkonferenz, mit der wir unsere Kampagne gegen die Initiative «Für demokratische Mitsprache - Lehrpläne vors Volk» heute starten.

Sie werden heute Statements hören von Vertreterinnen verschiedener Komitee-Mitglieder. Es sind nicht alle Organisationen heute hier vertreten. Sie werden die Argumente der drei Argumentationsschienen hören, welche das Komitee abbildet:

- Die Seite der Wirtschaft – in der Zeit der Arbeitsplatzmobilität und Fachkräftemangel
- die Sicht der Verbände – mit den Anforderungen an die Lehrpersonen und ihre Arbeitssituation
- die Sicht der Parteien mit dem bildungspolitisch relevanten Blick auf diese Initiative.

All dies vor dem Hintergrund von HarmoS – also der Harmonisierung der Lehrpläne für die Kantone der Deutsch-Schweiz.

Einleitung

Uns allen muss bewusst sein, was eine Abstimmung über den Lehrplan 21 bedeuten würde. Um dieses umfangreiche Dokument dreht sich alles. Wie soll eine Stimmbürgerin, ein Stimmbürger, sich dazu eine Meinung bilden und darüber abstimmen können, ob das alles «annehmbar» ist oder «abzulehnen» ist – sie also ja oder nein stimmen können. Das ist bei einer total neuen Vorlage unmöglich und hat mit *Demokratie* nichts mehr zu tun. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wohl eher davon abhalten, ihre Stimme abzugeben.

Der Grosse Rat muss sehr umfangreiche und komplexe Gesetzesvorlagen oder Strategiepapiere beraten. Schon damit stösst der Parlamentsbetrieb – oder anders gesagt – das Milizparlament – an seine Grenzen. Die Vorstellung, auch noch die Lehrpläne oder Änderungen dazu im Parlament zu beraten zeigt, dass es den Initiant/innen nicht um Demokratie geht, sondern um das Verhindern von Neuerungen – die letztlich primär die Veränderungen in der Gesellschaft und im pädagogischen Denken abbilden.

Sicht des VPOD

Ich erlaube mir als Moderatorin der heutigen Medieninformation auch noch ein paar Worte als Gewerkschaftssekretärin des VPOD. Der VPOD vertritt, neben vielen anderen Berufen, auch die Lehrpersonen. Der VPOD ist dezidiert gegen diese Initiative. Der Lehrplan wurde mit viel Engagement und Aufwand erarbeitet, Schulungen dazu wurden durchgeführt und die Einführung des Lehrplans 21 ist auf der Zielgeraden. Sicher gibt es da oder dort etwas, das kritisch beobachtet werden muss. Den Lehrplan 21 aber aus rückwärtsgewandten Sichtweisen und Scheuklappen vor Neuem aufs Spiel zu setzen – das lehnt der VPOD ganz klar ab.

Statement Daniel Wildhaber, Grossrat SP

Die SP Kanton Bern sagt JA zum Lehrplan 21 und NEIN zur Initiative «Lehrpläne vors Volk»

Die SP Kanton Bern lehnt die Initiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!» entschieden ab. Dies aus drei Gründen:

1. Ein Lehrplan wird von Bildungsfachleuten im intensiven Austausch mit Betroffenen erarbeitet und ist ein Fachwerk. Wenn das Volk und alle Interessengruppen darüber entscheiden können, kommt kein Lehrplan zustande und es herrscht Chaos.
2. Der Kanton Bern soll mitmachen bei der Harmonisierung des schweizerischen Bildungssystems und Teil davon sein, gerade vor dem Hintergrund der Mobilität der Bevölkerung.
3. Der Lehrplan 21 ermöglicht dank der Harmonisierung mehr Chancengerechtigkeit, weil alle 21 Kantone ihre Volksschule auf eine gemeinsame Grundlage stellen.

HarmoS ist angenommen worden

- Mit dem Lehrplan 21 für die Volksschule setzen die 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone den Artikel 62 der Bundesverfassung um. Das Berner Stimmvolk hat mit HarmoS die Vorlage „Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschulen“ am 27. September 2009 angenommen.
- Weder das Volk noch der Grosse Rat sollen über einzelne pädagogische Vorgaben bzw. über den Inhalt eines Lehrplans entscheiden.
- Die Schulen brauchen politische Sicherheit und Konstanz. Wenn die Politik derart gezielt auf konkrete Bildungsinhalte einwirken kann, wird die Schule ständig verändert und verunsichert.

Die Schule braucht Ruhe und Rechtssicherheit

- Im Kanton Bern ist die Umsetzung des Lehrplans 21 sehr breit abgestützt. Im Bereich der Beurteilung, zum Beispiel, konnten deutliche Verbesserungen erzielt werden. Solche Verbesserungen und die allgemeine Schulentwicklung, die der neue Lehrplan ermöglicht, könnten bei einer Sistierung nicht realisiert werden.
- Kompetenzorientierung wird in den Berufsschulen schon lange gelebt. Die EDK ergänzte kürzlich den Rahmenlehrplan für Maturitätsschulen mit einer Beschreibung des Könnens und Wissens in der Erstsprache und in der Mathematik, um einen besseren Übergang vom Gymnasium ins Studium gewährleisten zu können. Die Volksschule kann es sich nicht erlauben, sich den abnehmenden Institutionen nicht angleichen.
- Gerade für die Übertritte in die Schulen der Sekundarstufe II – Mittel- und Berufsschulen - braucht es Rechtssicherheit, diese kann mit ständigen Systemwechseln nicht gewährleistet werden.

Die SP Kanton Bern lehnt die Initiative «Lehrpläne vor das Volk» aus guten Gründen entschieden ab.

Nein zum Chaos in der Schule – Nein zur Lehrplan-Initiative

2006 haben sich die Grünen klar für HARMOS ausgesprochen. Die Harmonisierung der Volksschule ist ein wichtiger Schritt für die Bildungslandschaft Schweiz. Die deutschsprachigen Kantone brauchen einen einheitlichen Lehrplan, der nun vorliegt.

Der Lehrplan 21 entspricht den Zeichen der Zeit: Die Berufswelt hat sich in den letzten Jahren weiterentwickelt, die Digitalisierung schreitet rasant voran. Genau diesen Entwicklungen wird der Lehrplan gerecht, in dem er ein Augenmerk auf die Fächer legt, die junge Menschen auf diese Herausforderungen vorbereiten.

Die Berufswelt arbeitet schon lange kompetenzorientiert. Der neue Lehrplan bringt die Kompetenzorientierung nun in die Volksschule und trägt somit auch zur Harmonisierung der Volksschule und Berufsbildung bei.

Der Lehrplan 21, ist wie der Lehrplan `96 ein Kompass für die Lehrpersonen, der viele Freiräume in der Gestaltung des Unterrichts offen lässt. Das kommt gerade auch dem vielfältigen Kanton Bern zu gute – Anforderungen in den Städten und den ländlichen Gebieten können den Bedürfnissen angepasst werden. Ferner bildet der Lehrplan die Grundlage und Leitplanke für die Entwicklung von Lehrmitteln, damit die Lerninhalte vermittelt werden können.

Die Grünen lehnen die „Initiative Lehrpläne vors Volk“ ab. Ein Je-Ka-Mi beim Erarbeiten der Inhalte zum Lehrplan wäre fatal und hat mit demokratischer Mitsprache nichts zu tun.

Der Lehrplan 21 ist nämlich nicht im „stillen Kämmerlein“ über Nacht ausgebrütet worden sondern wurde von verschiedenen Fachleuten, Berufsverbände, Schulen und Lehrpersonen und im Austausch mit 20 anderen Kantonen sorgfältig erarbeitet.

Die Politik hat ihre Aufgabe wahrgenommen: Sie schafft für die Schule mit dem Lehrplan 21 ein strukturiertes Lehr- und Lernumfeld für Lehrpersonen, Kinder und Jugendliche.

Das Verhindern der Einführung des Lehrplans wäre fatal und bringt nur Unsicherheit und Chaos in die Schule. Die Einführung des neuen Lehrplans erfolgt schrittweise, die Schulen haben also genügend Zeit für die Einführung des Lehrplans. Die Weiterbildung der Lehrpersonen ist im vollen Gange und auch die Pädagogische Hochschule Bern bildet die angehenden Lehrpersonen bereits nach dem neuen Lehrplan aus.

Wir Grünen wollen nicht zurück auf Feld 1, wir wollen dass der Kanton Bern ein Teil des Harnos-Konkordats ist. Wir wollen eine fortschrittliche zeitgemäße Schule für den Kanton Bern. Darum sagen wir „Ja“ zum neuen Lehrplan 21 und lehnen die Initiative „Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk“ ab.

Statement Jan Gnägi, Grossrat, Vizepräsident BDP Kanton Bern

Die Initiative „Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vor's Volk“ will eine neue Zuständigkeitsregelung für Lehrpläne. Namentlich will sie eine politische Zustimmung zu Lehrplänen durch den Grossen Rat oder gegebenenfalls seitens des Volks.

Die Demokratie ist eine hohe Errungenschaft und demokratische Mitsprache ein wichtiges Gut unserer Gesellschaft. Das ist auch gut so, und bis hierhin sind wir uns sicher auch alle einig.

Demokratie setzt funktionierende Prozesse voraus. Es gibt gewisse Diskussions- und gewisse Beschlussverfahren. Die hier anwesenden Mitglieder oder ehemalige Mitglieder eines Parlamentes kennen diese gut. Diese Verfahren eignen sich gut für Gesetze, sie eignen sich aber ganz sicher nicht für Lehrpläne. Lehrpläne sind pädagogische Fachwerke. Sie umrahmen die Schulzeit unserer Kinder und beeinflussen die Ausbildung unserer Lehrpersonen.

Sie sind also ein wesentlicher und wichtiger Bestandteil unseres Bildungssystems.

Es kann nicht sein, dass solche Fachwerke den politischen Mehrheitsverhältnissen oder dem politischen Hickhack eines Parlaments unterliegen. Dies wäre äusserst schädlich für unsere Volksschule. Ratsmitglieder sind keine Pädagogen, sondern Politiker. Sie können vieles gut, für einiges sind wir aber nicht kompetent, und das ist beispielsweise die fachliche Beurteilung eines Lehrplanes.

Im Falle eines Referendums gegen einen solchen vom Grossen Rat beschlossenen Lehrplan müsste dann das Volk darüber abstimmen, und dies ist erst recht kein gangbarer Weg. Man müsste, um der Bevölkerung eine umfassende Information über das Abstimmungsthema bieten zu können, quasi den ganzen Lehrplan vorlegen. Dies scheint uns doch recht schwierig.

Die Initiative suggeriert, dass es im Bereich Schule keine Mitsprache-Möglichkeiten gäbe. Dem ist nicht so: Unser Volksschulgesetz gibt den Rahmen von Lehrplänen vor. Das Volksschulgesetz unterliegt dem Beschlussverfahren des Grossen Rats und ist damit auch referendumsfähig. Und das ist denn auch der richtige Weg, wie wir Einfluss nehmen sollten.

Statement Susanne Muralt, Vizepräsidentin Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Bern, VSLBE

1. Nein zur Initiative «Lehrpläne vors Volk»

Wie auch in anderen Kantonen haben sich im Kanton Bern die Gegner des Lehrplans 21 formiert. Unter dem harmlos klingenden Titel «Lehrpläne vors Volk» soll vordergründig die Initiative die Volksrechte in Kanton Bern stärken. In Tat und Wahrheit geht es den Initianten aber darum, den Lehrplan 21 doch noch zu verhindern.

Der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Bern lehnt die Initiative "Lehrpläne vors Volk" entschieden ab. Die wichtigsten Punkte für unsere Haltung sind:

1. Die Umsetzung und Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Bern ist weit fortgeschritten:

- Die Schulentwicklung an Berner Schulen basiert seit Jahren auf Grundlagen, die nun im Lehrplan 21 integriert sind.
- Die Weiterbildung für die Lehrpersonen ist in vollem Gange, die Erprobungsphasen des Gelernten fließen bereits in den Unterricht ein.
- Die pädagogischen Hochschulen bilden Lehrpersonen seit längerem nach dem neuen Lehrplan 21 aus, diese Lehrpersonen unterrichten an den Schulen ihr Gelerntes.
- Die finanziellen Mittel für den zusätzlichen Unterricht (Mathematik, Deutsch, Medien & Informatik) sind gesprochen.
- Die Überarbeitung und Neukonzipierung von Lehrmitteln laufen auf Hochtouren, sie sind teilweise auch schon gedruckt.

2. Die Folgen der in der Initiative geforderten Demokratie und Mitsprache wären für die Bildung eine Katastrophe.

- Die Initiative gefährdet die in HARMOS getroffenen Vereinbarungen, was zu einer Verzettelung der deutschschweizerischen Lehrpläne führt. Versuche, politische, religiöse, private und andere Interessen in die Bildung einfließen zu lassen, würden überhandnehmen.
- Die Schule wäre dem Hin und Her ausgeliefert und müsste ständige Anpassungen vornehmen.
- Eine längerfristige Schulplanung wäre kaum mehr möglich. Die Schule wäre durch Initiativen und Motionen aus dem Grossen Rat über Jahre hinaus blockiert.

3. Was die Schule stattdessen braucht

- Die Schule braucht einen Lehrplan, der von unterschiedlichen Fachleuten aus Theorie und Praxis erschaffen wurde und durch viele Konsultationen breit abgestützt ist. Dies ist beim Lehrplan 21 der Fall.
- Die Schule und die Lehrpersonen brauchen in dem stetig sich verändernden Umfeld eine verlässliche Grobausrichtung des pädagogischen Schaffens, damit sie sich den neuen Herausforderungen stellen können. Die Digitalisierung der Gesellschaft wird in den nächsten Jahren eine solche grosse Herausforderung sein, welche auch die Schule verändern wird.
- Die Schule braucht in der Grundausrichtung Konstanz und Sicherheit, um sich entwickeln zu können.

Die Initianten wollen die „Baustellen“ in der Bildung analysieren und lösen. Welche Baustellen sie meinen, sagen sie uns leider nicht. Wie wollen sie sie lösen? Durch endlos wiederkehrende Initiativen und Abstimmungen?

Der Lehrplan 21 wird am 1.8.2018 in Kraft gesetzt, die Umsetzung ist im vollem Gang und wird 2022 abgeschlossen sein. Die Initiative "Lehrpläne vors Volk" ist eine pseudo- demokratische Zwängerei und muss am 8. März 2018, wie in allen anderen Kantonen, kräftig abgelehnt werden.

Referat Christoph Erb, Direktor Berner KMU

Berner KMU sagt NEIN zur wirtschaftsfeindlichen Mogelpackung

Viele wichtige Argumente für eine NEIN am 4. März haben wir bereits gehört; erlauben Sie mir und anschliessend Grossrätin Annegret Hebeisen nun auch noch die Argumente der Wirtschaft zu platzieren. Die Initiative ist eine gewerbefindliche Mogelpackung, welche die Interessen der KMU torpediert und den Lehrplan 21 durch die Hintertüre wieder abzuschaffen versucht- um nichts Anderes geht es den Initianten nämlich letztlich!

Der Gewerbeverband Berner KMU hat sich von Anfang an für die Harmonisierung aller Lehrpläne eingesetzt und verschiedene Verbesserungen selber gefordert und propagiert. Der Lehrplan 21 beinhaltet wichtige gewerbliche Forderungen, wie die Definition von Leistungszielen, die Harmonisierung und die Senkung der Kosten. Berner KMU unterstützt vor allem die Forderungen nach mehr Output- und Kompetenzorientierung, da diese auch in der Berufsbildung immer wichtiger werden.

- **Nur bei einem NEIN wird die beruflichen Orientierung gefördert**

Das gilt auch für die Berufliche Orientierung. Der Gewerbeverband Berner KMU hat die Aufnahme des Moduls «Berufliche Orientierung» in den Lehrplan 21 gefordert und zusammen mit dem Schweizerischen Gewerbeverband durchgesetzt. Dank guter Berufswahlvorbereitung werden die Chancen der Betriebe, gute Nachwuchskräfte zu finden, erhöht. Gleichzeitig wird das Risiko von Lehrabbrüchen vermindert. Es gehört zu den fundamentalen Erwartungen des Gewerbes an die Volksschule den Jugendlichen die Vielfalt der Berufe, die verschiedenen Berufsausbildungen und deren Zukunftsperspektiven näher zu bringen.

- **Nur bei einem NEIN wird die Kompetenzorientierung gefördert**

In der Berufsbildung hat die Kompetenzorientierung bereits eine längere Tradition. Wissen behält seine heutige Bedeutung: Es ist die Grundlage für jede Kompetenz!

Es braucht drei Dinge um eine Kompetenz zu erwerben: Das Wissen, das Können

dieses Wissen anzuwenden und das Wollen all dies auch zu tun.

In den Bildungsplänen sind berufliche Handlungskompetenzen festgeschrieben und bezüglich ihrer Anwendbarkeit bereits ausgiebig geprüft worden. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass gerade die Berufsbildung den geforderten Kompetenzen einen hohen Stellenwert einräumt. Hier hat man die veränderten Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft schon längst erkannt und darauf reagiert.

- **Nur bei einem NEIN ist die einfachere Rekrutierung von Lehrlingen möglich**

Mit dem Lehrplan 21 wird für die Betriebe die Rekrutierung von Lernenden wesentlich vereinfacht, weil die Inhalte der Volksschule am Ende der obligatorischen Schulzeit in allen Deutschschweizer Kantonen gleich sind. Es spielt also keine Rolle mehr, aus welchem Kanton ein Bewerber kommt. Das ist entscheidend, denn die Lehrbetriebe sind bei der Rekrutierung und Ausbildung auf Lernende aus verschiedenen Kantonen angewiesen.

Fazit: Berner KMU lehnt die gewerbefindliche Initiative ab und bitte Sie, dies am 4. März ebenfalls zu tun.

Referat Annegret Hebeisen, Vizepräsidentin Parlamentarische Gruppe Wirtschaft

NEIN zu Chaos in der Schule – NEIN zu einem isolierten Kanton Bern – NEIN zur gewerbefeindlichen Scheininitiative

Nur bei einem NEIN zur Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk» steht der Kanton Bern nicht plötzlich komplett isoliert da. Um den inländischen Fachkräftemangel wirksam bekämpfen und Lehrlinge einfacher rekrutieren zu können ist es wichtig – wir haben es von Christoph Erb bereits gehört - dass alle Kantone am gleichen Strang ziehen. Dank dem Lehrplan 21 sind die Inhalte der Volksschule am Ende der obligatorischen Schulzeit in allen Deutschschweizer Kantonen gleich und es spielt keine Rolle mehr, aus welchem Kanton ein Bewerber kommt. Ich wiederhole es deshalb noch einmal, weil es für die KMU-Wirtschaft absolut entscheidend ist, denn die Lehrbetriebe sind bei der Rekrutierung und Ausbildung zunehmend auf Lernende aus verschiedenen Kantonen angewiesen. Dies ist gerade im heterogenen Kanton Bern mit seinen Randregionen absolut dringend und zwingend.

Ein erfolgreicher Einstieg in die Berufslehre ist eine wichtige Basis für eine erfolgreiche Lehrzeit im Lehrbetrieb, in den überbetrieblichen Kursen und in der Berufsfachschule. Mit zusätzlichen Lektionen in Deutsch, Math und Informatik werden wichtige und richtige Akzente gesetzt. Mit der Volksinitiative wird nun versucht, die Einführung des Lehrplans noch einmal um Jahre zu verzögern. Mit dem Risiko, dass die Interessen der KMU auf der Strecke bleiben!

- **Nur bei einem NEIN werden die MINT-Fächer gefördert und gleichzeitig der inländische Fachkräftemangel abgebaut**

Die Initiative beinhaltet noch weitere KMU-feindliche Elemente, indem sie zum Beispiel den Ausbau der MINT-Fächer behindert: Diese will die Wirtschaft - mit Blick auf die künftigen Anforderungen - aber unbedingt fördern. Der Lehrplan 21 gibt den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) einen höheren Stellenwert. Für die Wirtschaft ist es mit Blick auf die künftigen Anforderungen ein grosses Bedürfnis, diese zu fördern. Während Mathematik als Einzelfach über die ganze Schulzeit bestehen bleibt, werden aus dem Fach Natur, Mensch, Gesellschaft in der Sekundarschule vier eigene Fachbereiche. Ebenso kommt das Fach Informatik dazu und der Fachbereich Natur und Technik teilt sich in drei weitere Einzeldisziplinen (Physik, Chemie, Biologie) auf.

- **Nur bei einem NEIN wird die wirtschaftsschädigende Mobilitätsschranke abgebaut**

Bei einem NEIN am 4. März werden die gewerbeschädigenden Mobilitätsschranken abgebaut und so den Betrieben die Suche nach wertvollen inländischen Fachkräften vereinfacht. Davon profitieren alle: die Arbeitnehmenden, die Betriebe und die Volkswirtschaft! Der Lehrplan 21 vereinfacht den Umzug von einem Kanton in einen anderen. Es darf doch heute nicht mehr sein, dass Kinder, die bereits mit den Veränderungen des sozialen Umfelds zurechtkommen müssen, in der Schule den Anschluss verlieren, nur weil jeder Kanton an seinen Besonderheiten festhält. Auch Eltern von schulpflichtigen Kindern dürfen nicht wegen unterschiedlichen Schulsystemen an ihrer beruflichen Weiterentwicklung gehindert werden.

Last but not least gaukelt die Initiative ein Mitspracherecht vor, welches gar nicht vorgesehen ist. Mehr als JA oder NEIN sagen kann das Berner Stimmvolk auch in Zukunft nicht; von einem inhaltlichen Mitgestalten der Lehrpläne kann also keine Rede sein. Aus KMU-Sicht gibt es deshalb am 4. März 2018 nur eine Option: Sagen Sie NEIN zur gewerbefeindlichen Scheininitiative.

Statement Anna-Katharina Zenger, Leiterin Gewerkschaft Bildung Bern

Bildung Bern sagt NEIN zur Initiative «Lehrpläne vors Volk»

Obschon im Titel nicht erwähnt, zielt die Initiative auf den Lehrplan 21 und will dessen Einführung verhindern. Dies mitten im Einführungsprozess. Bildung Bern trägt den Lehrplan 21 unter der Voraussetzung mit, dass er zu den aktuellen Bedingungen, d.h. mit genügend Ressourcen umgesetzt wird. Die Streichung von 2 IVE-Lektionen - im Zusammenhang mit der Spardebatte des Grossen Rates im November - ist zwar kein gutes Zeichen. Gleichwohl steht Bildung Bern in der Gesamtschau hinter dem Lehrplan 21. Der Verband setzt sich seit Beginn der Arbeiten für eine praxistaugliche Umsetzung ein. Zum Beispiel für eine schlankere Beurteilung, die nun ja auch realisiert wird.

1 Unsicherheit und nochmals steigende Belastung

Bei Annahme der Initiative würde die Arbeit an der Implementierung des Lehrplans 21 sistieren. Die Weiterbildungskurse laufen, ebenso die Pensenplanungen für das Schuljahr 2018/19, dem ersten Jahr der LP-Einführung. Die Überarbeitung und Neukonzipierung von Lehrmitteln ist in vollem Gange. Die pädagogischen Hochschulen bilden seit längerem nach dem neuen Lehrplan 21 aus. Die Annahme der Initiative würde in all diesen Bereichen zu grossen Unklarheiten und zum Chaos führen.

Erwiesenermassen gehören Reformen zu den grössten Belastungsfaktoren der Lehrpersonen. Diese nähmen zu, wenn der Lehrplan der Unberechenbarkeit einer politischen Abstimmung ausgesetzt würde.

2 Fundierte Ausarbeitung

Der Lehrplan 21 wurde von Fachbereichtteams erarbeitet und breit in die Vernehmlassung geschickt. Er ist also nicht, wie die Initianten glauben machen wollen, das Werk des Erziehungsdirektors.

Im Lehrplan werden wissenschaftliche Erkenntnisse (z.B. aus der Hirnforschung) über das Lernen umgesetzt.

Er nimmt die Entwicklungen der sich wandelnden Gesellschaft auf. Neue Fächer (Medien und Informatik) und Sammelfächer (wie Natur und Technik) entstehen, andere Fächer werden weiterentwickelt (wie WAH Wirtschaft, Arbeit, Haushalt). Mehr Lektionen sind gesprochen worden, z.B. für Deutsch und Mathematik. Die individuelle Lernförderung wird stärker gewichtet (IVE), die Hausaufgabenzeit wird reduziert. Damit wird die

Chancengerechtigkeit verbessert. Die zusätzlichen Mittel dazu, die zu 100% in die Berner Schulen fliessen, hat der Grosse Rat gesprochen.

Nur mit einer Ablehnung der Initiative können die Neuerungen umgesetzt werden und die Schülerinnen und Schüler fit für das Leben und die Arbeitswelt der Zukunft gemacht werden.

3 Chancen und Freiräume

Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler brauchen Freiräume. Sie sind eine der Voraussetzungen für engagiertes und zufriedenes Arbeiten. Der Lehrplan als Kompass lässt einerseits diesen Spielraum zu, schafft andererseits Stabilität und Leitplanken. Dieses Gleichgewicht soll nicht gefährdet werden.

Aus all diesen Gründen sagt Bildung Bern **JA** zum Lehrplan 21 und **NEIN** zur Initiative «Lehrpläne vors Volk».